

Einsetzung der Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Corona-Pandemie: Lehren für den zukünftigen Umgang mit Pandemien im Freistaat Sachsen"

Sächsischer Landtag

Drucksache: 8/253 | Datum: 2024-10-23 | Fraktion(en): CDU, SPD | GWÖ-Score: **8.0/10**

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur systematischen Aufarbeitung der Corona-Pandemie in Sachsen, um evidenzbasierte, partizipative und resilienzfördernde Empfehlungen für zukünftige Pandemien zu erarbeiten.

- Einsetzung einer 20-köpfigen Enquete-Kommission bis Januar 2025
- Analyse aller pandemiebedingten Maßnahmen und deren sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen
- Entwicklung von Leitlinien für Krisenkommunikation, Datenmanagement, parlamentarische Arbeit und finanzielle Vorsorge

GWÖ-Treue

Score: 8.0/10

Begründung: Der Antrag fördert systematisch die Resilienz des Gemeinwesens durch partizipative, wissenschaftsbasierte Aufarbeitung und Vorsorge — mit klarem Fokus auf vulnerable Gruppen (D1), soziale Infrastruktur (D4), ökologische und gesundheitliche Nachhaltigkeit (E3/D3), Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) sowie ethisch-reflektierte Krisenkommunikation. Er berührt nicht alle 25 Felder, aber alle aktiven Bewertungen sind positiv (+ bis ++). Einzig das Feld A1 (Lieferant:innen) bleibt unberücksichtigt — kein Mangel, da keine Beschaffungspolitik thematisiert wird.

Schwerpunkte: D1, D4, D5

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen					
C: Führung/Verwaltung					

	1	2	3	4	5
D: Bürger:innen	++			++	++
E: Gesellschaft/Natur			++		++

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D1:** Schutz vulnerabler Gruppen (Kinder, Senioren, Menschen mit Behinderungen/ Vorerkrankungen) [++]
- **D4:** Stärkung von Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Kulturinfrastruktur als Daseinsvorsorge [++]
- **D5:** Partizipation via Bürgerrat, breite Öffentlichkeitsbeteiligung, Prüfung von Anhörungsformaten unter Krisenbedingungen [++]
- **E3:** Langfristige Resilienzplanung für Gesundheitssystem und kritische Infrastruktur unter Klima- und Pandemierisiken [++]
- **E5:** Parlamentarische Krisenorganisation, Datenethik, wissenschaftliche Begleitung politischer Entscheidung unter Unsicherheit [++]

Programmtreue

CDU (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag entspricht vollständig dem CDU-Sachsen-Wahlprogramm 2024: Er stärkt Prävention (S. 39), verbessert den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz (S. 33), fördert Eigenverantwortung (S. 61) und setzt auf wissenschaftsbasierte, nicht ideologische Krisenpolitik (S. 41). Die Forderung nach einer landesweiten Koordinierungsstelle und Ausbau der Landesfeuerwehrschule spiegelt die Systematik des Antrags wider.

Parteiprogramm: 9.0/10 — Der Antrag verkörpert das christlich-demokratische Menschenbild (Würde, Verantwortung), die Subsidiarität (lokale Kompetenz, kommunale Einbindung), die Schöpfungsverantwortung (Resilienz kritischer Infrastruktur) und den vorsorgenden Staat (Prävention, Gesundheitsförderung).

AfD

Wahlprogramm: 2.0/10 — Der Antrag widerspricht Kernpositionen des AfD-Wahlprogramms: Er befürwortet eine strukturierte, wissenschaftsgeleitete Aufarbeitung der Pandemie, während die AfD explizit gegen 'Corona-Maßnahmen' und für 'Remigration' sowie 'Abschiebungen' eintritt. Der Fokus auf Impfschäden und Amnestien steht im Kontrast zur AfD-Position, die jegliche Kritik an Maßnahmen als legitim darstellt.

Parteiprogramm: 1.0/10 — Das AfD-Grundsatzprogramm lehnt die 'Energiewende' ab und fordert Kernkraft — hier jedoch wird Pandemie-Resilienz als Querschnittsaufgabe verstanden, was mit dem national-konservativen, anti-institutionellen Grundton des Programms unvereinbar ist.

BSW

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

SPD (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag realisiert zentrale SPD-Ziele: 'Augenhöhe' (S. 45), starke soziale Infrastruktur (S. 28), Investitionen in Zukunft (S. 19), Transparenz und Informationsfreiheit (S. 45) sowie generationengerechte Krisenvorsorge. Die Einbindung von Wohlfahrtsverbänden, Jugendhilfe und Gewerkschaften entspricht exakt dem Parteiprofil.

Parteiprogramm: 9.0/10 — Der Antrag verkörpert die SPD-Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (Hamburger Programm): vorsorgender Sozialstaat (S. 52), sozial-ökologische Transformation (S. 54), Demokratie als Prozess (S. 68), und Verantwortung für die Zukunft.

LINKE

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

GRÜNE

Wahlprogramm: 8.0/10 — Der Antrag entspricht weitgehend grünen Zielen: Klima- und Gesundheitsresilienz, partizipative Demokratie (Bürgerrat), soziale Gerechtigkeit, interdisziplinäre Wissenschaft. Lediglich der fehlende explizite Bezug zu planetaren Grenzen und Ökologie als Kernziel reduziert den Score leicht.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Der Antrag orientiert sich an den grünen Leitideen 'Ökologie', 'Demokratie' und 'Gerechtigkeit', aber ohne expliziten Bezug zur 'planetaren Grenzen'-Rhetorik oder zum Ziel '30% Naturschutzfläche'.

Verbesserungsvorschläge

Original:

mit folgenden Schwerpunkten: a. der stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung sowie der medizinischen und pflegerischen Einrichtungen, mit folgenden Schwerpunkten: aa. Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, bb. Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung im Krisenfall...

Vorschlag:

mit folgenden Schwerpunkten: a. der **sozial-ökologisch resilienten** stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung sowie der medizinischen und pflegerischen Einrichtungen, mit folgenden Schwerpunkten: aa. **Stärkung der kommunalen Gesundheitszentren mit Notfallversorgung und Telemedizin**, bb. Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung im Krisenfall...

Verknüpft D3 (Ökologische Nachhaltigkeit) mit D4 (Soziale Gerechtigkeit) und stärkt die Umsetzbarkeit gemäß CDU-Grundsatzprogramm S. 63 und GRÜNE-Grundsatzprogramm S. 7

Original:

die Rolle der sozialen Medien aufzuarbeiten, um der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, mitverursacht beispielsweise durch bewusst gestreute Falschmeldungen,

Verschwörungsmmythen und Radikalisierungstendenzen insbesondere in Krisensituationen, entgegenzuwirken

Vorschlag:

die Rolle der sozialen Medien aufzuarbeiten, um der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, mitverursacht beispielsweise durch bewusst gestreute Falschmeldungen, Verschwörungsmmythen und Radikalisierungstendenzen insbesondere in Krisensituationen, entgegenzuwirken **und dabei digitale Bildung sowie Medienkompetenz als zentrale Gemeinwohlressourcen zu stärken**

Verankert D5 (Transparenz & Mitbestimmung) und D1 (Menschenwürde) durch aktive Förderung digitaler Souveränität — belegt im CDU-Grundsatzprogramm S. 44 und SPD-Hamburger Programm S. 52

Zusammenfassung

Stärken

- Systematische, interdisziplinäre Aufarbeitung
- Starke Partizipation (Bürgerrat, breite Akteursbeteiligung)
- Fokus auf Vulnerabilität und soziale Gerechtigkeit
- Langfristige Vorsorgeorientierung

Schwächen

- Keine explizite Verknüpfung zu ökologischen Krisen (z. B. Klimapandemien)
- Unklare Finanzierungsgrundlage für Empfehlungen

Original-Antrag

Drucksache 8/253

Einsetzung der Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Corona-Pandemie: Leh-

· **Original-PDF konnte nicht angehängt werden.**

Grund: HTTP 404

Quelle: https://edas.landtag.sachsen.de/parlamentsdokumentation/parlamentsarchiv/viewer.aspx?dok_n